

# DOKUMENTE

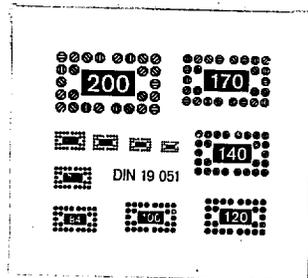
Schriftenreihe der  
Sozialistischen Jugend  
Deutschlands  
die Falken

# 24

Jugendpolitisches  
Programm der  
SJD · Die Falken

EINGEGABEN

- 8. JUNI 1933



# Jugendpolitisches Programm der SJD · Die Falken



C 96 - 01064

## Inhaltsverzeichnis

### Vorwort

#### A) Die Situation von Kindern und Jugendlichen in der BRD in den 80er Jahren

I. Ökonomische Situation und ihre Auswirkungen auf verschiedene Sozialisationsbereiche

1. Ökonomische Rahmenbedingungen

2. Lage der Jugend und Probleme besonders betroffener Gruppen

- Lage der Jugend

- Frauen und Mädchen

- Ausländer

3. Auswirkungen auf verschiedene Sozialisationsfelder

- Familie

- Schule

- Beruf

- Freizeit

- Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen

II. Wie reagieren Jugendliche?

1. Jugendspezifische Reaktionen

2. Jugendprotest

3. Friedensbewegung

III. Wie reagiert der Staat?

1. konservativ-reaktionäre

Lösungsstrategien

2. Sozialdemokratische Lösungsstrategien

Seite 4

Seite 7

Seite 7

Seite 9

Seite 11

Seite 13

Seite 15

Seite 16

Seite 17

Seite 19

Seite 20

Seite 20

Seite 20

Seite 23.

Seite 27

Seite 29

#### B) Jugendpolitik im Sozialistischen Kinder- und Jugendverband

I. Sozialistische Arbeiterjugendpolitik

1. Aufgaben

2. Prinzipien der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen

3. Arbeiterjugendpolitik und Jugendbewegung

II. »Jugendring« als institutionalisierte Interessenvertretung

III. Sozialistische Arbeiterjugendpolitik im Verhältnis zu Jugendpolitik als staatliche Jugendhilfe

Seite 31

Seite 31

Seite 33

Seite 34

Seite 36

Seite 38

#### C) Forderungen der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken

I. Familienpolitik

II. Schule

III. Berufliche Bildung

IV. Staatliche Jugendhilfe/Jugendpolitik

1. KDV-Recht

2. Funktion der staatlichen Jugendhilfe

3. Jugendhilfegesetz

4. Bundesjugendplan/Jugendstiftungen

5. Gesetz zur Sicherung der Kinder- und Jugendarbeit in den Bundesländern

6. Kommunale Jugendhilfeplanung

7. Jugendhilfestatistik

8. Jugendkriminalitätsrechtspflege

9. Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit

Seite 41

Seite 43

Seite 47

Seite 49

Seite 49

Seite 51

Seite 52

Seite 53

Seite 57

Seite 58

Seite 59

Seite 59

Seite 61

**Anhang: Dokumentation von Beschlüssen und Erklärungen der SJD - Die Falken Stichwortverzeichnis**

ab Seite 63

ab Seite 85

Herausgeber:  
Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken  
Bundesvorstand, Kaiserstraße 27, 5300 Bonn 1  
Redaktion: Leo Monz  
Fotos: Archiv der Arbeiterjugendbewegung  
Gesamtherstellung: SERVICETEAM, Köln

## Vorwort

Nach 7 Jahren legt der Bundesvorstand der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken ein neues Jugendpolitisches Programm vor. Es soll die Diskussion im Verband neu beleben und vorantreiben, den Funktionären, die praktische Jugendpolitik betreiben, helfen, die politischen Positionen unseres Verbandes und damit die Interessen und Bedürfnisse der Arbeiterkinder und Arbeiterjugendlichen durchzusetzen und außerdem der Öffentlichkeit und anderen Organisationen unsere jugendpolitische Arbeit nahebringen.

In der derzeitigen Wirtschaftskrise und daraus folgendem Ausbildungsstellenrückgang und Jugendarbeitslosigkeit ist die Jugendpolitik unseres Verbandes auf eine harte Probe gestellt. Wir können unseren Anspruch, politischer Interessenvertreter der Arbeiterjugend zu sein, nur erfüllen, wenn wir die Ursachen für die zum Teil katastrophale Situation der arbeitenden Jugend aufzeigen und gesellschaftliche Alternativen - ausgehend von unserem sozialistischen Selbstverständnis - verdeutlichen. So stand es im Vorwort zum Jugendpolitischen Programm von 1976. Die auch heutige Gültigkeit dieser Worte ist ein Hinweis auf die Gültigkeit unserer marxistischen Analyse und verpflichtet uns zu fortwährendem Engagement für unsere sozialistische Politik.

Zu Beginn der 80er Jahre sind wir von einer selbstmörderischen Militärpolitik der kapitalistischen Staaten und einer gefährlichen weltweiten Aufrüstung bedroht. Zusammen mit der wirtschaftlichen Krisenhaftigkeit kapitalistischer Staaten sind damit die Eckdaten für eine gesellschaftspolitische Entwicklung benannt, die nach 16 Jahren sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung zu einer erneuten Regierungsbildung durch CDU/CSU führten.

Auch die Jugendpolitik eines sozialistischen Arbeiterkinder- und Jugendverbandes muß sich auf diese Situation einstellen. Wir wissen, daß die Basis unserer Jugendpolitik und die Basis für die Durchsetzung unserer gesamten sozialistischen Politik die Gruppen der Sozialistischen Jugend und des Falkenringes sind. Deshalb werden dort die Grundlagen für die Durchsetzungskraft und die Aktionen unseres Verbandes gelegt. Sozialistische Jugendpolitik setzt hier an und verknüpft diese Arbeit mit jugend-, bildungs- und sozialpolitischen Forderungen und Strategien.

Auch wenn die Jugend- und Bildungspolitische Kommission bei der Erarbeitung des hiermit vorgelegten Jugendpolitischen Programms feststellen mußte, daß viele unserer Analysen und Forderungen von 1976 nach wie vor Gültigkeit besitzen, war und ist eine neue Diskussion im Verband notwendig. Alte Forderungen müssen überprüft, aktualisiert und erneut in die Arbeit der Gruppen eingebracht werden. Über die Interessenvertretung im Rahmen staatlicher Jugendpolitik hinaus sind neue Entwicklungen und Bewegungen zu berücksichtigen - Friedensbewegung, Hausbesetzer, Frauenbewegung, Ausländer. Darum gibt es in diesem Jugendpolitischen Programm nicht mehr einen »Forderungsteil«, sondern immer den Versuch der Verknüpfung von Beschreibung, Analyse und abgeleiteten Forderungen. Damit sollen auch neue Schwerpunkte gesetzt werden, um in unserer sozialistischen Jugendpolitik die über außerverbandliche Gremienarbeit abzuwickelnde Interessenvertretung mit der verbandlichen Politik - und den daraus erwachsenden Aktionen - zu verbinden.

Im Zusammenhang ausführlicher Diskussionen wurde das hiermit vorgelegte Jugendpolitische Programm der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken von den Genossen Peter Marquard, Leo Monz und Klaus Schäfer erstellt. Dank für ihre Mitarbeit gilt den Mitgliedern der Jugend- und Bildungspolitischen Kommission Ronald Berthelmann, Rainer Pröbß und Prof. Peter Weiß. Beteiligt waren außerdem weitere Genoss(inn)en aus dem Bundesvorstand sowie Kollegen von befreundeten Arbeiterjugendverbänden.

Bonn, Dezember 1982

Werner Kindsmüller  
- Bundesvorsitzender der SJD -  
Die Falken

Peter Marquard  
- Jugend- und Bildungspolitischer  
Referent im Bundesvorstand der  
SJD - Die Falken

## A. Die Situation der Kinder und Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren

### I. Ökonomische Situation und ihre Auswirkungen auf verschie- dene Sozialisationsbereiche

#### 1. Rahmenbedingungen

Spätestens mit Beginn der 80er Jahre zeigt auch in der Bundesrepublik Deutschland das kapitalistische Wirtschaftssystem sein wahres Gesicht. Während bis zur Mitte der 60er Jahre die konjunkturellen und strukturellen Krisen des BRD-Kapitalismus durch die wirtschaftliche Expansion - auch Wirtschaftswunder genannt - überdeckt wurden, wurde 1966/67 die Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Systems mit den Folgen für die Arbeitnehmer erstmals auch in der Bundesrepublik deutlich.

Mit der Krise Mitte der 70er Jahre, die - für die BRD erstmals - mit einer weltweiten Wirtschaftskrise zusammenfiel, zeichnete sich ab, daß die sogenannte soziale Marktwirtschaft und die mit ihr eng verbundene Sozialpartnerschaft nicht in der Lage ist, die grundsätzlichen Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems auf Dauer aufzuheben. Gekoppelt mit einer weltweiten Strukturkrise des Kapitalismus hat zu Beginn der 80er Jahre die Konjunkturkrise ein in der Bundesrepublik bisher nicht gekanntes,

Ausmaß erreicht. Mit der höchsten Zahl von Konkursen seit Bestehen der Republik und einer Zahl von mehr als 2,5 Millionen Arbeitslosen - davon mehr als 300.000 offiziell gemeldete jugendliche Arbeitslose - erreichte die Krise einen vorläufigen Höhepunkt. Prognosen für die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen gehen für Ende der 80er Jahre von fast 20 % Arbeitslosen (das sind ca. 5 - 6 Millionen Erwerbslose) aus.

Bereits die in den 70er Jahren beginnenden Veränderungen der kapitalistischen Produktionsweise - auch mit Strukturwandel umschrieben - hatten direkte Auswirkungen sowohl auf die Arbeitsmarkt -, als auch auf die Arbeitsplatzsituation. Diese verschärften sich durch den Einsatz fortgeschrittener Technologien. Zum einen wird der Einsatz hochqualifizierter Arbeitskräfte notwendig, zum anderen werden jedoch eine weitaus größere Anzahl von Arbeitnehmern an minderqualifizierten Arbeitsplätzen eingesetzt bzw. zunehmend von der Arbeit »freigestellt.«

Diese Entwicklung führt zu unterschiedlichen Gruppen von Arbeitnehmern, die differenziert werden in eine leistungsfähige Elite, eine Arbeitsplatz-besitzende Masse und Arbeitslose. Individuelle Schuldzuweisung für Dequalifizierung am Arbeitsplatz und Arbeitslosigkeit sowie die Sozialpartnerschaftspraxis der Vergangenheit mit der damit verbundenen fehlenden Kampferfahrung der Arbeitnehmer in sozialen Auseinandersetzungen verhindern derzeit noch eine effektive Gegenwehr. Vielmehr führt - mit der industriellen Reservearmee im Rücken - die Angst um den Arbeitsplatz zu einem zunehmenden Konkurrenzkampf untereinander. Durch vielfältige Maßnahmen wird dieser Prozeß der Entsolidarisierung der Arbeitslosen vorangetrieben. Nach dem Motto »teile und herrsche« werden Arbeitnehmergruppen gegeneinander ausgespielt - Frauen gegen Jugendliche, Familienväter gegen Ausländer usw. Die Slogans der Konservativen und ihrer Medien haben dazu geführt, daß Solidarität vielfach als die Notwendigkeit, gemeinsam die Lasten der Krise zu erdulden und zu erdulden, verstanden wird: »Wir sitzen ja alle in einem Boot.«

Solidarität als gemeinschaftliches Handeln auf der Grundlage einer gemeinsamen Interessenlage mit einer gemeinsamen Zielsetzung wird zunehmend verunglimpft als Gruppenegoismus.

Dies ist der Weg der wirtschaftlich und politisch Herrschenden, um die entstehende Gegenwehr als überflüssig und falsch ins gesellschaftspolitische Abseits zu drängen. Aber wir setzen auf den gewerkschaftlichen Kampf zur Sicherung und Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterklasse. Die gewerkschaftlich organisierten Demonstrationen am 23. Oktober 1982 und die bevorstehenden Tarifkämpfe für eine Herabsetzung der Wochenarbeitszeit sind für uns die ersten Schritte auf dem richtigen Weg. Unser Verband hat dabei die Aufgabe, durch die Mitarbeit unserer Mitglieder in den Gewerkschaften und der Betriebsarbeit diesen Kampf voranzutreiben sowie ihn mit der politischen und pädagogischen Arbeit des Gesamtverbandes zu verbinden.



## 2. Lage der Jugend und Probleme besonders betroffener Gruppen

### Lage der Jugend

Die eingangs beschriebene Entwicklung der ökonomischen Situation der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der 80er Jahre wirkt sich jedoch nicht nur im Arbeitsbereich, sondern in allen Sozialisationsbereichen aus.

Die Lage der Jugend in der BRD ist u. a. gekennzeichnet durch einen hohen Grad an individueller und gesellschaftlicher Perspektivlosigkeit. Mehr als 300.000 offiziell registrierte arbeitslose Jugendliche verdeutlichen, daß dieser Jugend der Einstieg in die Gesellschaft verwehrt wird. In zunehmendem Maße werden Jugendliche in nutzlosen schulischen Einrichtungen geparkt, um die Arbeitslosenstatistik zu verschleiern. Notwendige gesellschaftliche Veränderungen, die solche Mißstände beseitigen, sind aufgrund der Verkrustungen des Systems und der politischen sowie ökonomischen Machtverhältnisse nicht abzusehen, sondern werden verhindert.

Arbeitslosigkeit und Streichung des Schüler-BAFÖG bei allgemeiner Verlängerung der Schul- und Ausbildungszeit führen zu einer stärkeren ökonomischen Abhängigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen vom Elternhaus. Die gegenüber vorherigen Generationen frühere körperliche Reife, die Senkung des Volljährigkeitsalters, die größeren Rechte und Pflichten der Heranwachsenden sowie die Angebote und Verführungen der Konsumgesellschaft wecken die Erwartung eines früheren Eintritts in das Erwachsenenleben. Dieser Widerspruch zwischen einerseits kindgemäßer Abhängigkeit und andererseits subjektiv und objektiv größerer möglicher Unabhängigkeit wird von der Gesellschaft nicht aufgelöst, sondern teilweise verschärft

und zu einem individuellen Problem von Jugendlichen gemacht.

Die Gefahr, Jugend insgesamt zu marginalisieren, d. h. zu Randgruppen der Gesellschaft zu machen, nimmt in dem Maße zu, wie sie aus dem Arbeitsprozeß ausgeschlossen bleiben und ihre Anforderungen an gesellschaftliche Veränderungen noch nicht einmal gehört werden. Die so skizzierte Lage der Jugend als biologische Gruppe darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die grundsätzlichen gesellschaftlichen Widersprüche nicht altersspezifisch, sondern klassenspezifisch sind. Dies bedeutet, daß insbesondere die Entwicklungsmöglichkeiten von Arbeiterkindern und Arbeiterjugendlichen in der Krise der kapitalistischen Klassengesellschaft verschlechtert werden.





### Frauen und Mädchen

Frauen unterliegen in der kapitalistischen Gesellschaft einer doppelten Ausbeutung:

Sie erhalten geringeren Lohn als Männer und werden in ihrer Arbeit schlechter bewertet; dies äußert sich z. B. in Leichtlohngruppen und in dem Fehlen von Ausbildungsplätzen für Mädchen insgesamt, aber besonders in technischen Berufen.

Mädchen sehen daher wieder in zunehmenden Maße nicht in einer beruflichen Qualifikation ihre Lebensperspektive, sondern in der Heirat, die ihnen Unabhängigkeit von den Eltern und scheinbare materielle Sicherheit ermöglicht.

Dies bedeutet jedoch zweitens, daß sie unentgeltlich zur physischen Reproduktion der Ware Arbeitskraft genutzt werden. Als Hausfrauen sind sie von vielen gesellschaftlichen Prozessen ausgeschlossen und dienen im Bedarfsfall als industrielle Reservearmee.

Unter dem ökonomischen Zwang der Wirtschaftskrise und der daraus resultierenden Massenarbeitslosigkeit werden Mädchen und Frauen zunehmend aus dem Berufsleben gedrängt und nehmen im Sinne konservativer Ideologien ihren »natürlichen« Platz in der Gesellschaft wieder ein. Beaufsichtigung und Erziehung der Kinder außerhalb der Schulzeit, Hausarbeit und Reproduktion der »Ware Arbeitskraft Ehemann« für den Ar-

beitsprozeß werden Mädchen und Frauen in zunehmenden Maße als sinnvolle Lebensperspektive angeboten.

In allen Phasen der Erziehung wird das Mädchen auf diese Stellung in der Gesellschaft vorbereitet und übernimmt dann als Frau diese Funktion. Von Geburt wird das Mädchen in seiner Individualitätsform geprägt durch:

Kleidung, Spielzeug (Haushaltsgegenstände, Puppen zum Erlernen der Mutterrolle), Schule (Unterrichtsfächer wie Kochen, Sportarten) und Familie (Übernahme entsprechender Tätigkeiten zu Hause, Freizeitaktivitäten).





### Ausländer

Die familiäre Situation ausländischer Arbeitnehmer ist durch eine Reihe von Momenten geprägt, die äußerst ungünstige Voraussetzungen für die Erziehung der Kinder und Jugendlichen darstellen.

Sie ist gekennzeichnet durch eine existenzielle Unsicherheit über die Möglichkeit des weiteren Verbleibens in der Bundesrepublik. Hinzu kommt, daß der Rechtsstatus von Ausländern in der Bundesrepublik unsicher ist. Insbesondere die aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen des Ausländerrechts sind so formuliert, daß der Ermessensspielraum einzelner Beamter oder Behörden bei der Erteilung bzw. Verlängerung einer Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis die restriktive Handhabung des Ausländergesetzes zuläßt. Gerade unter dem Gesichtspunkt der Möglichkeiten der Abschiebung, die das Ausländerrecht beinhaltet, ist die Entwicklung einer längerfristigen Lebensperspektive für ausländische Kinder und Jugendliche erschwert.

Diese Situation macht es den Familien unmöglich, für sich und ihre Kinder langfristig und zukunftsorientiert zu planen. Dementsprechend herrscht im Sozialisationsprozeß ausländischer Kinder die Vermittlung von Überlebensstrategien vor, zumal es der ausländischen Familie unter diesen Bedingungen kaum möglich ist, den Kindern eine auf langfristige Planung und Perspektive bezogene Bildungs- und Leistungsmotivation zu vermitteln.

Die massiven Begrenzungen, denen die ausländische Familie bei ihrer Sozialisations- und Erziehungsleistung aufgrund der verschiedenen Sachverhalte unterliegt, führen zu einer bildungsmäßigen Benachteiligung ausländischer Kinder, die meist schon im Kleinkindalter beginnt. Bei der Berufstätigkeit beider Elternteile bleiben die Kleinkinder sich selbst überlassen, werden von älteren Geschwistern versorgt bzw. Landsleuten oder Nachbarn zur Betreuung übergeben.

Die Besuchsquote der ausländischen Kinder in Kindergärten und Kindertagesstätten ist äußerst gering. Dies rührt daher, daß in vorschulischen Einrichtungen für ausländische Kinder im Verhältnis zu deutschen Kindern nicht genügend Angebote bestehen.

Die Benachteiligung und mangelnde Förderung ausländischer Kinder zeigt sich sehr deutlich, wenn sie

später die Schule besuchen, im mangelnden Schulerfolg dieser Kinder. Damit erweist sich die deutsche Schule für die ausländischen Kinder, noch stärker als für die deutschen Arbeiterkinder, als Selektionsinstanz.

Unzureichende schulische Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher setzt sich im Bereich der Berufsausbildung fort. Berufsschulen erteilen nur etwa die Hälfte der vorgeschriebenen Stunden für ausländische Jugendliche; es herrscht Mangel an ausgebildetem Lehrpersonal, geeigneten Lehrplänen und Unterrichtsmaterialien. Als zusätzliche Erschwernis für die Arbeit ist der Raummangel zu nennen. Der Berufsschulpflicht kamen rund 50 % nicht nach.

Für die jungen Ausländer ergeben sich, je mehr sie mit zunehmendem Alter in die Gesellschaft der Bundesrepublik hineinwachsen, gravierende Schwierigkeiten aus der Tatsache, daß sie widersprüchlichen erzieherischen Normen und verhaltensbestimmenden Ansprüchen

ausgesetzt sind. Ausländische Eltern halten nämlich oft bei längerer Verweildauer im Bundesgebiet an Normen, Orientierungen und Mustern sozialen Handelns fest, die sie in ihrem Herkunftsland erworben haben. Ausländische Jugendliche stehen infolgedessen in einem extremen Spannungsverhältnis zwischen den von den Eltern vermittelten, stark traditionellen und konservativen Werthaltungen einerseits und den über die gesellschaftlichen Sozialisationsinstitutionen wie Schule, Massenmedien usw. vermittelten andersartigen soziokulturellen Normen wie Konsum- und Leistungsorientierung, Individualität usw. Andererseits ist es für sie aus diesem Grunde äußerst schwierig, eine eigenständige soziokulturelle Identität zu entwickeln. Sie wissen z. B. nicht, ob sie Türken oder Deutsche sind. Oft wird versucht, diesen Konflikt einseitig durch vorschnelle und unkritische Anpassung an die Verhältnisse der Bundesrepublik aufzulösen, oder es findet eine einseitige Orientierung an die eigene Nationalitätengruppe statt, verbunden mit verstärkter Isolation in der sie umgebenden Gesellschaft. Von diesen Spannungen besonders betroffen sind die Ausländerkinder der zweiten Generation.

In zunehmendem Maße werden heute die Ausländer zum Sündenbock für die wirtschaftliche Krise und zu Bürgern zweiter Klasse gemacht: Mit der geplanten Einschränkung des Familiennachzuges auf Kinder unter 6 Jahren wird der im Grundgesetz verankerte Schutz der Familie für Ausländer außer Kraft gesetzt. Der von Unionsparteien geforderte besondere Schutz der Familie entlarvt sich als nationalistische Wahlkampfparole, die nur für die deutsche Familie gültig ist; mit der geplanten Ausweisungsmöglichkeit aufgrund des Bezuges von Arbeitslosenhilfe wird vorgegaukelt, durch eine Verringerung der Zahl der Ausländer die kapitalistische Krise meistern zu können. Damit wird von den wirklichen Ursachen der Krise abgelenkt und die Ausländer werden zum Sündenbock gemacht.

Ausländische Arbeitnehmer und insbesondere jugendliche Ausländer sind von der Arbeitslosigkeit stärker betroffen als deutsche Kolleginnen und Kollegen und ihre Arbeitslosigkeit dient zunehmend als willkommene Begründung, sie aus der Bundesrepublik abzuschieben.

Die offiziellen Zahlen geben nur einen kleinen Teil der in Wirklichkeit von Arbeitslosigkeit betroffenen ausländischen Jugendlichen wieder. Eine Berechnung für 1979 hat ergeben, daß neunmal soviel jugendliche Ausländer wie in der Sta-

tistik erscheinen, wirklich arbeitslos waren. Von den jungen Ausländern im Berufsschulalter sind zur Zeit ca. 75 % ohne Ausbildung (Angabe des Bundesbildungsministeriums). Aber eine Untersuchung in Nordrhein-Westfalen belegt, daß der größte Teil (83%) eine Berufsausbildung absolvieren will, dies jedoch aufgrund der fehlenden sprachlichen und schulischen Qualifikationen wie auch aufgrund der ungünstigen Ausbildungsplatzsituation nicht verwirklichen kann.

### 3. Auswirkungen auf verschiedene Sozialisationsfelder

#### Familie

In der geschichtlichen Entwicklung ist die Familie von der Arbeits- und Lebensgemeinschaft mehrerer Generationen und der Geschlechter zu einer für die kapitalistische Gesellschaftsformation funktionale Zweckgemeinschaft verkümmert. Die bürgerliche Kleinfamilie erfüllt begrenzte Aufgaben der individuellen und gesellschaftlichen Reproduktion - auch für die Arbeiterklasse wird sie allerdings diese Aufgabe noch weiterhin haben. Deshalb muß die wirtschaftliche und soziale Situation der Familie als elementare Form menschlichen Zusammenlebens auch in der gegenwärtigen Ausprägung als existenzsichernde Lebensgemeinschaft gestärkt werden. Dabei stellt die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken dem traditionellen Leitbild von Familie, das patriarchalisch geprägt ist und in dem die Rollen fest verteilt sind, ein partnerschaftliches Zusammenleben gegenüber, in dem besonders die Kinder stärker als bisher ihre Grundrechte verwirklichen können müssen.

Familie ist für uns jede auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft von einem oder mehreren Erwachsenen mit einem oder mehreren Kindern. Also auch Großeltern, die ihre Enkel erziehen, Alleinerziehende, Partner, die mit ihren Kindern gemeinsam leben, neue Wohn- und Lebensgemeinschaften.

Besonders für die Kinder ist die Familie der bedeutendste Erziehungsraum. Hier werden Kenntnisse und Erfahrungen der Generationen untereinander weitervermittelt, Grundfähigkeiten angeeignet und damit die entscheidenden Grundlagen für die Lebensperspektiven gelegt.

Infolge veränderter Produktions- und Reproduktionsbedingungen wurden in den letzten Jahrzehnten Funktionen der Familie abgebaut. Durch die zunehmende Entfremdung von der Arbeit und ihrem Produkt empfinden immer mehr Menschen ihre Arbeit als sinnlos, infolge der Erhöhung der Arbeitsproduktivität steigt der Arbeitsstreß und durch drohende Arbeitslosigkeit erhöht sich der soziale Druck. Diese Entwicklung verhindert die Selbstverwirklichung der Menschen in der Arbeitswelt, fördert die Individualisierung und die Konkurrenz untereinander. Diese Formen des menschlichen Gemeinamerlebens werden zunehmend auf die Familie übertragen.

Das Eindringen neuer Technologien in die Familie wirkt diesen sozialen

Deformationen nicht entgegen, sondern verstärkt sie. In zunehmendem Maße verliert die Familie ihre Schutzfunktion vor der kapitalistischen Gesellschaft, da auch die familiären Formen des Zusammenlebens zunehmend fremdbestimmt sind - jedoch nicht von anderen Sozialisationsinstanzen, wie es die Konservativen behaupten, sondern durch Vermarktung von Freizeit. Am Beispiel von Fernsehgewohnheiten lassen sich bereits heute solche Tendenzen erkennen: Das Konsumieren von Fernsehunterhaltung oder auch -information verhindert das Gespräch in der Familie (d. h. jeder muß mit seinen Problemen alleine fertig werden), verhindert aktive Freizeitgestaltung (z. B. gemeinsames Spielen), führt zu zunehmender gesellschaftlicher Isolation. Mit Zweit- und Drittfernsehen werden zwar Konflikte vermieden, aber gleichzeitig nimmt die Fähigkeit der solidarischen Konfliktlösung ab. Mit der Einführung neuer Medien werden diese Tendenzen verschärft. Solange sich der technische Fortschritt an den Profitinteressen des Kapitals und nicht an den Interessen der Menschen orientiert, wird die Zerstörung der Familie weiter fortschreiten. Diesen Widerspruch konservativer Familien- und Wirtschaftsideo-logie gilt es aufzudecken.

Die zunehmende Familienlosigkeit wird durch Anforderungen des Arbeitsmarktes verstärkt. Die Forderung nach höherer Mobilität der Arbeitnehmer beinhaltet zugleich die Aufforderung, traditionelle familiäre Bindungen und soziale Beziehungen aufzugeben. Dies gilt insbesondere für Jugendliche, die ihr Elternhaus frühzeitig verlassen müssen, um eine Ausbildungsstelle zu erhalten.

Auf der anderen Seite entstehen infolge von Arbeitslosigkeit und BAFÖG-Kürzungen innerhalb der Familie neue ökonomische Zwänge und Abhängigkeiten, die partnerschaftlich-familiäre Beziehungen verhindern können.

Ein bestimmender Faktor in der Sozialisation von Kindern und Jugendlichen in der Familie ist die Wohn- und Wohnumfeldsituation. Trotz erheblicher Verbesserungen in den 70er Jahren (Sozialer Wohnungsbau, Wohngeld, Mietrecht) ist es nicht gelungen, in ausreichendem Maße kindgerechte Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Da Grund und Boden als nicht vermehrbare Ware nach wie vor den sogenannten Marktgesetzen unterworfen sind, hat selbst im sozialen Wohnungsbau die Miete eine Höhe erreicht, die für Arbeiterfamilien nicht mehr erschwinglich ist. Dies führt zur Anmietung zu kleiner Wohnungen, wodurch die Entfaltungsmöglichkeiten von Arbeiterkindern erheblich eingeschränkt sind.

## Schule

Die Hauptaufgabe der Schule besteht darin, Kinder und Jugendliche auf ihre spätere Funktion am Arbeitsplatz vorzubereiten und in das bestehende gesellschaftliche System ideologisch zu integrieren. Die Schule als neben der Familie wesentliche Sozialisationsinstanz von Kindern und Jugendlichen kann ihren möglichen Auftrag, im Interesse von Kindern und Jugendlichen als Korrektiv zu wirken (d. h. gesellschaftlichen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken), nicht gerecht werden. Im Gegenteil: Die Konkurrenzprinzipien der Arbeitswelt werden auch auf die Schule übertragen.

Mit der Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems wird die Entscheidung über die berufliche Zukunft von Kindern immer noch in der Grundschule getroffen. Da die Qualität des Abschlusses der allgemeinbildenden Schule im wesentlichen die späteren Berufschancen und sogar die Chance zur Erlangung eines Arbeitsplatzes überhaupt bestimmt, beginnt im Grunde genommen bereits in der Grundschule der Kampf um den Studienplatz, den Ausbildungsplatz und den Arbeitsplatz. Dies schafft bereits für acht- bis zehnjährige ein Lernklima, das im wesentlichen auf die Aneignung individuellen Wissens und nicht auf die Möglichkeiten sozialen Lernens ausgerichtet ist.

Die Konkurrenzsituation, die ihre Fortsetzung in den weiterführenden Schulen und dort besonders verschärft in den Abschlussklassen findet, fördert die soziale Auslese, von der besonders Arbeiterkinder betroffen sind. Das zu hohe Schüler-Lehrer-Verhältnis und der Leistungsdruck versperren in allen Bereichen des Schulsystems die Möglichkeit der Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher.

Angesichts des Mangels an Ausbildungsplätzen sowohl im allgemeinbildenden Bereich (Numerus clausus), als auch im Bereich der beruflichen Bildung wird die Leistungsbenotung von Schülern wieder zunehmend zur politischen und pädagogischen Disziplinierung ausgenutzt. Die Möglichkeiten von Schülerzeiten werden nicht mehr nur durch direkte politische Zensur, sondern durch Notendisziplinierung ihrer Redakteure in ihrer freien Meinungsäußerung beschnitten. Die Interessenvertretung von Schülern soll über Notengebung zu einem Mitwirkungsverhältnis bzw. Ausführungsorgan zurückgestuft werden. Sogenannten sozialen Auffälligkeiten von Schülern wird nicht pädagogisch, sondern mit der Zerstörung der Lebensperspektive über die Benotung und im Extremfall fehlenden Schulabschlüssen begegnet.

Trotz dieser schulintern zunehmenden Disziplinierungsfunktion von Noten sieht sich die Schule als öffentliche Erziehungsinstitution insbesondere im Bereich der beruflichen Bildung zunehmend infrage gestellt. Nach dem Durchlaufen aller Ausleseinstanzen in der Schule werden Bewerber für Ausbildungsplätze in fast allen Bereichen der Industrie und teilweise auch des Handwerks einem zusätzlichen Eingangstest unterworfen, da die schulische Leistungsbewertung vorgeblich nicht ausreicht. Dies hat zur Folge, daß sich die Institution Schule vielfach den Anforderungen von Industrie und Handwerk arpaßt und nicht genügend die sozialen und gesellschaftlichen Bedürfnisse und Interessen der Schüler aufgreift.

## Beruf

Die beruflichen Perspektiven von Jugendlichen sind nicht nur, wie eingangs erwähnt, durch fehlende Ausbildungs- und Arbeitsplätze, sondern in zunehmendem Maße durch Dequalifikation am Arbeitsplatz und in der Ausbildung sowie durch fehlende Zukunftsorientierung der Ausbildung gekennzeichnet.

Die fehlende soziale Kontrolle neuer Technologien bewirkt daher nicht nur Massenarbeitslosigkeit, sondern verstärkt Falschausbildung. Die ungeplante, gesellschaftlich nicht kontrollierte Technologieentwicklung verhindert, daß frühzeitig Ausbildungsplätze und Ausbildungsrichtungen entwickelt werden, auf deren Grundlage Fachkräfte zum Umgang mit dieser Technologie ausgebildet werden können. Statt dessen werden Jugendliche in verstärktem Maße in Berufen ausgebildet, für die kein gesellschaftlicher Bedarf besteht und für die somit bei Beendigung der Ausbildung die Arbeitslosigkeit programmiert ist.

In der Industrie sind Ausbildungskosten kurzfristig unproduktive Kosten. Die jährlichen Ausbildungskosten pro Lehrling belaufen sich in der Industrie auf DM 15.758,00 (IWD-Dienst vom 12.8.82). Die Unternehmer versuchen, die Kosten überall wo möglich zu senken, vor allem die Kosten der Ar-

beitskraft. Die kurzfristigen Profitinteressen und nicht der zukünftige gesellschaftliche Bedarf an ausgebildeten Fachkräften sind also entscheidendes Kriterium für die Bereitschaft auszubilden. Es geht also nicht um das Recht des Jugendlichen auf eine qualifizierte Berufsausbildung oder etwa eine künftige Arbeit, die ihm auch Spaß macht. Aus demselben Grund, weswegen die Zahl der Ausbildungsplätze in der Industrie ständig abgenommen hat, hat die Zahl der Ausbildungsplätze in gewissen Handwerkssparten zugenommen. Durch den Einsatz von Lehrlingen können in einer Reihe von Handwerksbereichen die Lohnkosten gesenkt und damit die Profite erhöht werden.

»Ausbeutung statt Ausbildung« heißt deshalb in vielen Handwerksbetrieben die Parole. Die Lehrlinge werden schon nach wenigen Wochen voll eingesetzt und helfen, erwachsene - d. h. teure - Arbeitskräfte zu sparen. So ist im Fleischerhandwerk die Zahl der Ausbildungsstellen von 1971 bis 1981 um etwa 80 % angestiegen. Im Konditorhandwerk betrug diese Steigerung etwa 110 % und im Bäckerhandwerk etwa 165 %.

Auch nach Inkrafttreten eines neuen Jugendarbeitsschutzgesetzes ist in diesen Bereichen von 1975 bis 1981 eine maßgebliche Steigerung der Ausbildungsstellen zu verzeichnen. Bei den Beratungen für ein neues Jugendarbeitsschutzgesetz, das die CDU-regierten Bundesländer im Bundesrat bereits beschlossen haben, sollten gerade für diese Bereiche sogenannte »ausbildungshemmende Vorschriften« beseitigt werden. Es ist eine Verhöhnung aller Jugendlichen, die keinen Arbeits- und Ausbildungsplatz finden, wenn der vom Bundesrat beschlossene Gesetzentwurf damit begründet wird, daß diese Verschlechterung der Schutzgesetze notwendig sei, um die Ausbildungsplatzsituation von Jugendlichen zu verbessern. Neben der Verlängerung der täglichen Schichtzeit auf 11 Stunden und der Verschiebung der medizinischen Erstuntersuchung bis auf 14 Monate nach Beschäftigungsbeginn gibt es verschiedene Ausnahmeregelungen zur Kinderarbeit, Akkordarbeit, Fließbandarbeit und Wochenendarbeit. Besonders schlimm sind aber die neuen Regelungen zum Nachtarbeitsverbot, wonach Jugendliche ab 15 Jahren in Bäckereien und Konditoreien ihre Arbeit ab sechs Uhr beginnen müssen; ab 17 Jahren bereits ab vier Uhr. Dies bedeutet für Jugendliche, daß Kontakte zu gleichaltrigen Freunden nicht mehr möglich sind. Die Teilnahme an kulturellen, politischen und an-

deren Veranstaltungen ist ausgeschlossen. Auch aus arbeitsmedizinischer Sicht kann die Verlängerung der Arbeitszeit über den Acht-Stunden-Tag hinaus nicht akzeptiert werden.

Nicht die Jugendlichen mit ihren unterschiedlichen Erwartungen und Interessen sind schuld an der Jugendarbeitslosigkeit, sondern fehlende qualifizierte Ausbildungsplätze und nach Ausbildungsende entsprechende Möglichkeiten, eine Dauerbeschäftigung zu erlangen. Eine qualifizierte Berufsausbildung

- verringert das Risiko, längerfristig arbeitslos zu werden;

- verringert das Risiko, von einer Gelegenheitsarbeit zur nächsten zu gehen;

- verbessert die Chancen, die Auswirkungen der Arbeitswelt (Berufs- und Berufswechsel und die Veränderung der Qualifikationsanforderungen, Weiterbildung) eher zu meistern und

- stärkt das Selbstbewußtsein in die eigenen Fähigkeiten, um sich nicht »unterbuttern« zu lassen.

Die von Arbeitslosigkeit betroffenen Jugendlichen erfahren sehr handfest eine unerträgliche Einschränkung ihrer Lebensperspektive. Was bedeutet es eigentlich, wenn Hauptschüler vierzig oder sechzig Bewerbungen schreiben und Absa-

gen bekommen? Was bedeutet es, nach Abschluß einer Berufsausbildung arbeitslos zu sein? Jugendliche werden zu Opfern der sogenannten »Selbststeuerungskräfte der Wirtschaft.«

Jugendarbeitslosigkeit ist keine Angelegenheit der Jugendhilfe. Jugendliche brauchen nicht in erster Linie sozialpädagogische Hilfsprogramme oder zusammengestückelte Berufsvorbereitungslehrgänge. Sie brauchen qualifizierte, interessante und zukunftsweisende Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Jugendliche mit besonderen Problemen brauchen erst recht eine berufliche Ausbildung sowie sozialpädagogische Betreuung - und keine Kurzausbildung.

Die grundsätzliche Kritik an allen Versuchen, Jugendliche »von der Straße zu holen«, ohne ihnen eine qualifizierte Ausbildung mit der Möglichkeit einer entsprechenden beruflichen Tätigkeit zu bieten, hindert die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken nicht, die einzelnen Maßnahmen genau zu prüfen. Dabei gibt es sicher auch Lehrgänge, die sinnvoll zwischen schulischer und beruflicher Bildung vermitteln können oder die dem einzelnen Jugendlichen den Einstieg in eine berufliche Ausbildung tatsächlich ermöglichen.

## Freizeit

Nicht zuletzt den erfolgreichen Kämpfen der Arbeiterbewegung ist es zu verdanken, daß die Produktivitätsfortschritte zum Teil zur Senkung der Lebens- und Wochenarbeitszeit geführt haben. Die Strukturveränderungen der Wirtschaft machen zukünftig weitere Verkürzungen der Arbeitszeit möglich und aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit notwendig. Durch die daraus resultierende Erweiterung der Freizeit gewinnt dieser Bereich zunehmend an gesellschaftlicher Bedeutung.

Der Freizeitbereich entwickelt sich jedoch nicht unabhängig vom Wirtschaftsbereich. Der technischen Entwicklung im Produktionsbereich entspricht die technische Entwicklung im Freizeitbereich. Die Verhaltensnormen am Arbeitsplatz werden auf die Freizeit übertragen. Die zunehmende Nutzung von technischen Geräten der Unterhaltungsindustrie erhöht die Abhängigkeit der Freizeitgestaltung von wirtschaftlichen Interessen.

Offensichtlichstes Zeichen für die weitere Kommerzialisierung des Freizeitbereiches sind die wie Pilze aus dem Boden schießenden Spielalons und Videoläden. Deren ausschließliche auf den Konsum gerichtete Freizeitangebote bewirken zum einen ökonomische Abhängigkeit (Spilleidenschaft), verhindern Kommunikation und soziale Kontakte, vermitteln u. E. nicht wünschenswerte soziale Verhaltensmuster (Killer-Automaten) und behindern die Entwicklung von Kreativität und selbstbestimmter Freizeitgestaltung.

Kompensierende Bereiche (z. B. Jugendzentrum, Bildungsangebote, kulturelle Angebote) wurden schon in der Vergangenheit zu wenig angeboten und werden mit der zunehmenden Verschärfung der Finanzkrise der öffentlichen Hände zurückgeschraubt. Die Möglichkeiten der Selbstverwirklichung von Menschen werden somit sowohl im Arbeits- als auch im Freizeitbereich immer geringer.

Die Einschränkung des Lebensraumes gilt jedoch nicht erst für Jugendliche und junge Erwachsene, sondern trifft bereits Kinder. Die wachsende Verstädterung führt dazu, daß Kinder hauptsächlich in künstlichen Lebensräumen aufwachsen und ihre natürliche Umwelt nur über Medien vermittelt bekommen.

Die Entwicklung von Arbeiterkindern wird nicht nur durch zu kleine Wohnungen negativ beeinflusst, sondern auch durch ein verplantes Wohnumfeld, das ihre kindgemäße Entfaltung verhindert. Sowohl die räumliche Enge in Städten, als auch das mangelnde Verständnis und die fehlende Zeit von Erwachsenen für Aktivitäten von Kindern vermittelt ihnen bereits frühzeitig das Gefühl, überflüssig zu sein, und die Umwelt und das eigene Leben nicht selbst gestalten zu können.

Spielplätze als Ersatz für fehlende natürliche Spiellandschaften sind zum einen in viel zu geringem Umfang vorhanden, zum anderen verhindern sie sehr oft kindgerechtes Spielen. Bauspielplätze oder Aktivspielplätze, die nicht vorgefertigte, eintönige Spielangebote machen, sondern kindliche Kreativität und Eigenbetätigung ermöglichen und fördern, fallen sehr oft dem Rotstift zum Opfer.

## **Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen**

Typisches Merkmal kapitalistischer Krisenbewältigung ist der Versuch, von den gesellschaftlichen Ursachen der Krise abzulenken, indem einzelne oder bestimmte gesellschaftliche Gruppen für die Erscheinungsformen verantwortlich gemacht werden. Individuelle Schwächen und besondere Verhaltensweisen gesellschaftlicher Gruppen werden als Ursache für gesellschaftliche Ausgrenzungsprozesse angegeben. Diese Verschleiertechnik ermöglicht es, aus Opfern der Krise die Verursacher der Krise zu machen, da auf der anderen Seite die Hoffnung auf individuelles Überstehen zu einem Entsolidarisierungsprozeß führt, der eine gemeinsame Gegenwehr scheinbar unmöglich macht. Mit dem innenpolitischen Feindbild des faulen Arbeitslosen, des arbeitsplatzraubenden Ausländers werden Stigmatisierungen vorgenommen, die die objektiven Krisenursachen verschleiern.

## **II. Wie reagieren Jugendliche?**

Die Reaktion verschiedener gesellschaftlicher Gruppen auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen hat sich in der Geschichte der Bundesrepublik in unterschiedlichen Formen vollzogen. Während sich in der Krise Mitte der 70er Jahre gerade bei Jugendlichen ein Rückzug ins Private und eine allgemeine Lethargie feststellen ließen und der Widerstand im wesentlichen von einzelnen Organisationen getragen wurde («Sei keine Duckmaus»), zeigte sich Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre eine breite Protestbewegung unterschiedlicher Gruppen und unterschiedlicher Zielsetzung.

### **1. Jugendspezifische Reaktionen**

Die Reaktion von Jugendlichen auf die ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen in der BRD zu Anfang der 80er Jahre sind sehr unterschiedlich. Die Gruppe der »Aussteiger innerhalb des Systems« findet wenig Beachtung. Durch stärkere Anpassung und Konformität versucht sie, eigene Ansprüche und Hoffnungen in der Freizeit - der Welt der Discos und des Warenkonsums - einzulösen, um damit mehr gesellschaftliche Anerkennung zu erlangen. Das System der Integration der Jugendlichen in das bürgerliche Gesellschaftssystem funktioniert nicht mehr so reibungslos wie früher. Auf diesem Hintergrund des allgemeinen Desinteresses von großen Tei-

len der Jugendlichen an der aktiven Unterstützung dieses Systems bekommt die »offene« Form des Widerstandes besonderes Gewicht und erzielt größere Beachtung in der Öffentlichkeit.

### **Jugendprotest**

Teile der jüngeren Generation fühlen sich von einem System der Konkurrenz und Auslese eingeengt und überfordert - und haben deshalb nur noch wenig Vertrauen darin, daß das Gesellschaftssystem den Erfolg individueller Anstrengung garantieren kann.

Überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, wachsender Mangel an qualifizierten Ausbildungsplätzen, Verschlechterung der Lernbedingungen an Schulen und Hochschulen, soziale Deklassierung und wachsende Konkurrenz berühren die materiellen und ideellen Lebensbedingungen von Jugendlichen.

Die Krise der Gesellschaft wird zu einer fundamentalen Krise der Lebensperspektiven vieler Jugendlicher.

Die Protestformen der Jugendlichen auf diese Bedingungen sind vielfältig und unterschiedlich:

1. Versuche der individuellen Verweigerung und Flucht: abhauen, Alkohol, Drogen, Selbstmord.

2. Umsetzung individueller Lebensstrategien, um für sich etwas zu verbessern, und Versuche, bessere Lebensverhältnisse »neben« dem Bestehenden aufzubauen, zum Beispiel durch Auswanderung, verschiedene Formen alternativen Lebens - also gesellschaftliche Nischen zu finden und auszubauen, in denen es sich leben läßt.

3. Versuche, in Sekten religiöser oder auch politischer Art - neofaschistische Gruppen, Okkultismus, psychotherapeutische Gruppen etc. - das zu finden, was die Gesellschaft nicht bietet:

Wärme, Geborgenheit, Sicherheit, das Gefühl, gebraucht zu werden, Perspektive - ohne dabei zu erkennen, daß hierbei der Ersatz der Realität zur puren Realität des Ersatzes wird, die Suche nach Freiheit zur neuen Unfreiheit, Abhängigkeit führt.



Im Gegensatz zu diesem individuellen, passiven Widerstand gegen die als lebensfeindlich empfundenen gesellschaftlichen Bedingungen sind Jugendprotest und Jugendunruhen auch Ausdruck der Auseinandersetzung von Teilen der Jugend mit als ungerecht und falsch angesehenen gesellschaftlichen Realitäten und des Kampfes der Jugend um die Gestaltung ihrer eigenen Zukunft. Die protestierenden Jugendlichen wählen jedoch eine Form, die die üblichen eingefahrenen formaldemokratischen Wege verläßt.

Erst gewalttätige Unruhen, Demonstrationen, Hausbesetzungen usw. haben deutlich gemacht, daß Jugendliche nicht mehr so einfach in die Gesellschaft integrierbar sind und haben schließlich zu einer breiten öffentlichen Diskussion des »Jugendproblems« geführt. Jugendprotest manifestiert sich an Problemen, die nicht unmittelbar im Bereich der Arbeit und des Lernens, sondern vielmehr in den verschiedenen Nichtarbeitsbereichen angesiedelt sind. Diese Proteste sind jedoch Reaktionen und Widerstandsformen gegen die Auswirkungen des Arbeitssektors auf andere Bereiche (z. B. Entsolidarisierung), gegen das kapitalistische System der Profitmaximierung, gegen massive Einschränkungen im Wohn- und Freizeitsektor.

Trotz dieser teilweise antikapitalistischen Ansätze unterscheiden sich solche Protestformen jedoch zugleich von Zusammenschlüssen von Jugendlichen in Arbeiterjugendorganisationen, die den Anspruch erheben, zusammen mit anderen durch konkrete kollektive Aktionen, verbunden mit einer mittel- und langfristigen Perspektive, gesellschaftliche Mißstände zu beseitigen.

Auf der Suche nach neuen Formen des Zusammenlebens werden Selbsthilfegruppen, Arbeitsloseninitiativen gebildet, um hier und heute eine Verbesserung der individuellen Lebensbedingungen zu erreichen.

Die den Protesten und ihren besonderen Ausdrucksformen zugrundeliegenden Probleme betreffen jedoch nicht nur Jugendliche, sondern die Gesellschaft insgesamt, sie finden auch Unterstützung bei Erwachsenen oder werden zumindest toleriert. Nur durch ein breites Umfeld in der Bevölkerung sind soziale Bewegungen, wie sie derzeit zu beobachten sind, überhaupt lebensfähig. Deshalb wird man für die derzeitige Jugendbewegung keine jugendspezifischen Antworten und Lösungen finden. Nicht die Angriffspunkte zeigen eine Besonderheit der Jugend, sondern nur die Ausdrucksformen des Protestes. Insofern sollten wir schon über Strukturen und Formen streiten, aber unser Urteil vor allem mit den Inhalten begründen.

### 3. Friedensbewegung

Der Widerstand gegen gesellschaftliche Fehlentwicklungen beschränkt sich mittlerweile nicht mehr nur auf wenige Bereiche und wird nicht mehr ausschließlich von Jugendlichen getragen. Der Kampf gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit gewinnt zunehmend an Bedeutung und wird von allen Altersgruppen zunehmend auch mit jugendspezifischen Protestformen geführt (Fabrikbesetzung, Hungerstreik, Demonstrationen gegen Fabrikstilllegungen und Entlassungen). Als eine der ausgeprägtesten Widerstandsformen hat sich Anfang der 80er Jahre die Friedensbewegung gebildet. Die Schaffung innen- und außenpolitischer Feindbilder ist ein wesentliches Krisenbewältigungsinstrument des Kapitalismus auch zu Beginn der 80er Jahre.

Insbesondere die USA sehen sich als kapitalistische Führungsmacht durch drei einschneidende Veränderungen der letzten Jahrzehnte in ihrer Führungsrolle bedrängt: durch den Verlust der militärischen, insbesondere nuklearen, Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion hin zu einem annähernden Gleichgewicht; durch den schwindenden politischen Einfluß im Weltmaßstab (festzumachen z. B. an Abstimmungen der UNO); und durch die Herausbildung zweier weiterer kapitalistischer Zentren, Westeuropa und Japan. Die Vielzahl der US-Stützpunkte in aller

Welt in Verbindung mit verstärkter Seerüstung und »schneller Eingriffs-truppe« soll strategisch wichtige Punkte jederzeit erreichbar und kontrollierbar machen sowie »lebenswichtige« Rohstoffe mit militärischen Mitteln beschaffen helfen. Mit der nuklearen Aufrüstung ist aber auch die konventionelle Aufrüstung der NATO und der Bundeswehr untrennbar verbunden. In den nächsten Jahren sollen allein in der Bundesrepublik fast 100 Mrd. DM für den Kauf von neuen Panzern, Flugzeugen, Schiffen und anderen Waffensystemen aufgewendet werden. Die Folge dieser Aufrüstung wird ein weiteres Ansteigen der Massenarbeitslosigkeit, die Erhöhung der Inflation und der sinnlose Raubbau an natürlichen Rohstoffen sein. Die dringend notwendigen Aufwendungen zur Erhaltung der natürlichen Umwelt können nicht vorgenommen werden.

Pershing II und Cruise Missiles sind Waffen für den atomaren Erstschlag. Selbst wenn ein solcher Erstschlag nach der neuen US-Atomstrategie auf Europa »begrenzt« bliebe, was die UdSSR naheliegender Weise entschieden bestreitet, würde die Bundesrepublik so oder so nicht überleben. Im Ergebnis wäre Deutschland vernichtet, atomare Wüste, unabhängig davon, wer angegriffen hat und aus welchem Grund, ob aufgrund eines Computerfehlers, einer politischen Fehleinschätzung oder eines bewußten Angriffs. Dabei ist die Bundesrepublik Deutschland in ihren außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten entscheidend von den USA abhängig. Diese Abhängigkeit wird von der Bundesregierung sicherlich zu einem erheblichen Teil gewünscht.

Weitere Elemente der Militarisierung der Bundesrepublik sind:

- Die Einschüchterung aktiver Friedenskämpfer durch Berufsverbote;
- Das neue »Zivildienst«-Gesetz;
- Das geplante Gesundheitssicherstellungsgesetz, um die Folgen eines Krieges zu verharmlosen;
- Die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr;
- Der Versuch, die Schule zum Propagandafeld der Bundeswehr zu machen;
- Der Appell an nationalistische Gefühle, indem die Wiederherstellung der deutschen Einheit in den Grenzen von 1937 gefordert wird.



Weil die Raketenstationierung nicht nur den militärischen und außenpolitischen Bereich betrifft, sondern das Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt, würde damit nicht nur die Friedensbewegung eine Niederlage erleiden, sondern alle Teile der demokratischen Bewegung. Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik war immer eine Bewegung gegen die Aufrüstungsmaßnahmen der Regierenden. Die Friedensbewegung wurde erst in den 70er Jahren wieder stärker, als das Klima der Entspannungs- und Abrüstungsverhandlungen frostiger wurde. Aufrüstungsbeschlüsse der NATO, die Nicht-Ratifizierung von SALT II, der Beschluß zu Pershing II und Cruise Missiles und der Olympia-Boycott waren die Stationen der geplanten Zerstörung der Entspan-

nung durch die NATO-Staaten. Die Friedensbewegung schafft, ohne daß sie sich eine organisierte Infrastruktur auf übergeordneter Ebene gibt, sich selbst eine Struktur, die das ganze Land mit einem dichter werdenden Netz von Friedensinitiativen überzieht. Die regionalen und bundesweiten Aktionen werden von mehr oder weniger regelmäßig tagenden Koordinierungskreisen oder von wechselnden Bündnissen bundesweit organisierter Gruppen getragen. Die Wirksamkeit der Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland ergibt sich vor allem durch den für alle gültigen Konsens der Ablehnung der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles. An der Ablehnung dieser Stationierung messen wir heute die Friedensfähigkeit der Bundesregierung, der Parteien und Institutionen.





Arbeiterkinder und Arbeiterjugendlichen aus dem weiterführenden Bildungssystem und damit zur Sicherung der höherqualifizierten Arbeitsplätze für Mittelschichten. Zur Aufrechterhaltung der derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Herrschaftsverhältnisse werden deren Ausbildungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen gesichert, damit die Macht und die Ideologie der kleinen Gruppe der Kapitalisten durch die sie stützende Mittelschicht weiterhin erhalten bleibt.

### Reaktion auf Protest

Oberstes Ziel konservativ-reaktionärer Regierungen in der Bundesrepublik Deutschland im Umgang mit (jugendlichem) Protest ist als eine wesentliche Variante die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols mit allen Mitteln. Ordnungskräfte werden in obrigkeitlich-staatlicher Manier zur Repression eingesetzt - sei es zur Einschüchterung von Jugendlichen in einem nach fortschrittlichen Werten geführten Jugendhaus (Massenverhaftungen im Nürnberger Komm), sei es zum Schutz von Hausbesitzern, für die die Sozialpflichtigkeit von Eigentum ein Fremdwort ist (Räumung von besetzten Häusern in Berlin und München); sei es durch die Aushöhlung des Demonstrationsrechtes, z. B. in Baden-Württemberg, indem jeder Teilnehmer an einer Demonstration durch die Möglichkeit der Erhebung eines

Beitrages für Pölyzeieinsätze in den finanziellen Ruin getrieben werden kann.

Während die Enquete-Kommission »Jugendprotest im demokratischen Staat« des Bundestages noch Überlegungen über politische Reaktionsmöglichkeiten auf Hausbesetzungen, Friedensbewegung, Jugendarbeitslosigkeit anstellt, werden von den Rechtsregierungen in Bund und in einigen Ländern Fakten geschaffen. Sie glauben: Miet-erhöhungen schaffen neue Wohnungen und die Verlängerung des Zivildienstes stärkt die Friedensbewegung Bundeswehr, Abbau des Jugendarbeitsschutzgesetzes schafft Ausbildungsplätze. Ganz im traditionellen obrigkeitlich-staatlichen Sinne müssen außerdem auch Instrumentarien und Medien vorhanden sein bzw. politisch in Besitz genommen werden, damit rechte Politik ins rechte Licht gerückt und an den (nicht nur rechten Mann) gebracht werden kann.

### Subsidiarität als Prinzip der Gesellschaftspolitik

Im Gegensatz zur Verstärkung des staatlichen Handelns im Ordnungsbereich - aber im Einklang mit der am Manchester-Liberalismus orientierten Wirtschaftspolitik, die den Staat auf eine Nachwächterfunktion reduziert - wird mit dem Hinweis auf das Subsidiaritätsprinzip mit der Forderung »mehr Selbstverantwortung« der Rückzug des Staates aus der Jugendpolitik betrieben. Damit entzieht sich der Staat seiner sozialen Verantwortung und erzwingt die Individualisierung bei der Bewältigung der Folgen und Krankheiten der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die Unionsparteien wendeten sich auch zu Zeiten der in starkem Maße sozialdemokratisch geprägten Jugendpolitik der 70er Jahre mit der damit verbundenen Ausweitung des öffentlichen Sektors gegen eine Verstärkung des Engagements der öffentlichen Hand im Bereich der Jugendhilfe und betonten die Vorrangigkeit der Jugendhilfe der freien Träger. Mit der zunehmenden Politisierung der Jugendarbeit und insbesondere der Jugendringarbeit trat jedoch das Problem auf, ohne Eingriffe in die Selbstbestimmung der Verbände ein Instrument zur Umsetzung der ideologischen Ziele der Union zu finden. Verknüpft mit dem Vorwurf des Versagens in Richtung Jugendverbände

und der angeblichen Notwendigkeit, Initiativen, Selbsthilfeansätze und neue Methoden der Jugendarbeit zu unterstützen, wurden neue Trägerstrukturen einer unionsorientierten Jugendhilfe gesucht und gegründet.

Das Subsidiaritätsprinzip - dessen Abschaffung unser Verband aus grundsätzlichen Erwägungen verlangt, um Jugendhilfe in gesellschaftliche Verantwortung und Kontrolle zu überführen - wird damit auch seiner im bürgerlichen Staat notwendigen Schutzfunktion beraubt, da es die Pluralität des Angebotes (Werte, Methoden, Ziele) der Jugendarbeit nicht mehr absichert. Die Union geht in immer stärkerem Maße zur Interpretation der alten Römer von Subsidiis zurück: »Reservetruppen, später die Hillstruppen«.

Anstatt die staatlichen Förderungsinstrumente an Veränderungen im Bereich der Jugendarbeit anzupassen (Förderung von Initiativen), wurden von der Landesregierung Baden-Württemberg staatliche Aufgaben an einen privaten Träger delegiert und damit unter dem Deckmantel der Subsidiarität der öffentlichen Verantwortung und der inhaltlichen öffentlichen Kontrolle entzogen. Damit wird auch im Bereich der Jugendhilfe der Weg der Reprivatisierung eingeschlagen, was letztlich den Staat auf eine Nachwächterfunktion reduziert.

Mit der Umgehung der Jugendverbände und ihrer Strukturen (Jugendringe) werden auch die - trotz unterschiedlicher ideologischer Prägung und trotz unterschiedlicher Ziele und Arbeitsfelder - allgemein anerkannten Prinzipien oder zumindest Ansprüche der Jugendarbeit umgangen:

u. a.

- Selbstorganisation von Kindern und Jugendlichen
- Stärkung des emanzipatorischen Charakters der Jugendarbeit
- Pluralität (Werte, Methoden, Inhalte) der Jugendarbeit
- Vorrang der politischen Bildung als übergreifendes Prinzip der Jugendhilfe.

Mit der Gründung der eindeutig an konservativen Werten orientierten »Jugendstiftung Baden-Württemberg« setzte sich die CDU über die Absichten der Jugendverbände hinweg. Die Förderung neuer Formen, Methoden und Felder der Jugendarbeit hätte auch über bestehende Strukturen abgesichert werden können. Die Gründung der Jugendstiftung diente letztlich nur zur Absicherung der ideologischen Einflusnahme der Konservativen.

## 2. Sozialdemokratische Lösungsstrategien

### Förderungsinstrumentarien

Die in den 70er Jahren im wesentlichen sozialdemokratisch orientierte Jugendpolitik geht vom Anspruch der Einheit der Jugendhilfe aus, d.h. der Gleichrangigkeit von Jugendpflege und Jugendfürsorge unter einheitlicher jugendpolitischer Zielsetzung.

Grundlage sozialdemokratischer Jugendpolitik ist die soziale Lage von Kindern und Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland. Da Jugendhilfe grundsätzlich als öffentliche Aufgabe angesehen wird, führte dies sowohl zu einer Verstärkung der Jugendhilfe insgesamt, aber besonders der öffentlichen Jugendhilfe - auch im Bereich allgemeiner Jugendarbeit. Damit sollte die Effektivität vergrößert und ein höherer Grad an Fachlichkeit und Professionalität erreicht werden.

Da sozialdemokratisch orientierte Politik davon ausging und ausgeht, daß auf besondere Lebenslagen von Jugendlichen mit sozialpädagogischen Maßnahmen reagiert wird, wurden z. B. auf der Bundesebene - insbesondere angesichts der kapitalistischen Krise und deren Auswirkungen auf die Lebenssituation von Jugendlichen - bei gleichzeitigen realen Mittelkürzungen im Bereich der Jugendverbandsarbeit die Mittel für kompensatorische Pro-

gramme und Projekte ausgeweitet. Solche Maßnahmen setzen jedoch nicht an den Ursachen an, sondern unterstellen soziale Defizite, die durch entsprechende Betreuung ausgeglichen werden können.

Alle Mittel werden jedoch über die klassischen Träger der Jugendhilfe (öffentliche Jugendhilfe, freie Träger und örtliche Initiativen) vergeben, womit die Wechselbeziehung der inhaltlichen Einflußnahme zwischen der öffentlichen Hand einerseits und Trägern der Maßnahme andererseits gegeben war. Diese Wechselbeziehung wird für einen politischen Jugendverband wie die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken am deutlichsten am Beispiel der politischen Bildung: Die vielfältigen Auseinandersetzungen um die Bezuschussung von Maßnahmen der politischen Bildung zeigen zum einen, daß es den Trägern teilweise möglich war, den Begriff der politischen Bildung auch auf politisches Handeln (Aktionen) auszudehnen, zum anderen jedoch durch die öffentliche Hand versucht wurde, Einfluß auf die Inhalte politischer Bildungsmaßnahmen zu nehmen.

### Reaktionen auf Protest

Unter dem Motto »Dialog mit der Jugend« versuchte die Sozialdemokratie zu Beginn der 80er Jahre, jugendliche Protestbewegungen in die Gesellschaft zu integrieren. Die SPD konnte mit dieser Strategie teilweise verhindern, daß Jugendliche automatisch kriminalisiert werden.

In ihrem Integrationsbemühen mußte sie jedoch scheitern, solange nicht durch verändertes politisches Handeln der SPD Jugendliche in ihr eine glaubwürdige Perspektive zur Behebung des Anlasses für ihren Protest sahen.



## B. Jugendpolitik im sozialistischen Kinder- und Jugendverband

Sozialistische Arbeiterjugendpolitik ist für die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken das Kämpfen um die Durchsetzung von politischen Forderungen, die sich aus den Lebensbedingungen in dieser Gesellschaft ergeben und auf ihre Verbesserungen abzielen (berufliche Bildung und Jugendarbeitslosigkeit, antimilitaristische Arbeit, Schulpolitik, Zeltlager und politische Bildung usw). Sie beruht auf den praktischen Aktionen unserer Gruppen im außerparlamentarischen Bereich. Grundlage für unseren Verband als Selbstorganisation von Arbeiterkindern und Arbeiterjugendlichen ist die eigenständige Entwicklung und Vertretung politischer Positionen.

Jugendpolitik ist Teil der Verbandsstrategie der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken im Kampf um die sozialistische Veränderung dieser Gesellschaftsordnung. Unser Verband wird nicht auf die politischen und rechtlichen Instrumente im Bereich der Jugendpolitik verzichten können, um auch hier Interessenvertreter zu sein.

Jugendpolitik aus der Sicht des Verbands als Mitwirkung innerhalb staatlicher Jugendhilfe hat mehrere Aspekte: Sie hat die Aufgabe, die materiellen und finanziellen (Zuschüsse, Räume) sowie juristischen und politischen (Anerkennung als förderungswürdiger Jugendverband, Einwirkungsmöglichkeiten auf Jugendgesetzgebung im Jugendring und im Jugendwohlfahrtsausschuß »JWA«) Rahmenbedingungen für unsere Arbeit zu sichern und zu verbreitern. Unser Mitwirken innerhalb staatlich institutionalisierter Jugendhilfe dient also insgesamt zur Absicherung und Erweiterung der Möglichkeiten für unsere Kinder- und Jugendarbeit. Jugendpolitik als staatliche Jugendhilfe besteht praktisch zumeist aus Gremienarbeit in Jugendwohlfahrtsausschüssen, Jugendringen und anderen pluralistisch zusammengesetzten Gremien.

### I. Sozialistische Arbeiterjugendpolitik

#### 1. Aufgaben

Die Sozialistische Arbeiterjugend hat sich im wesentlichen drei Aufgaben gestellt:

- als politische Organisation innerhalb der Arbeiterbewegung durch politische Aktivierung der arbeitenden Jugend und mit eigenem politischen Handeln ihren Beitrag zur Erkämpfung einer sozialistischen Gesellschaft zu leisten;
- durch Erziehung und Bildung im Sinne einer sozialistischen Weltanschauung möglichst viele Arbeiterjugendliche mit den praktischen und theoretischen Fragen des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft vertraut machen und ihre Kenntnisse, Fähigkeiten und die Bereitschaft dafür zu entwickeln;
- die Vertretung der politischen und sozialen Interessen der Arbeiterjugend insgesamt gegenüber staatlichen Einrichtungen wahrzunehmen und ihre Forderungen gegenüber der SPD und dem DGB geltend zu machen. Ziel dieser Aktivitäten soll es sein, die Arbeits- und Lebensbe-



dingungen, insbesondere der arbeitenden Jugend, umfassend zu verbessern, um auch schon in der bürgerlichen Gesellschaft zunehmend lebenswertere Bedingungen und damit auch verbesserte Voraussetzungen zur Erreichung des gesamtpolitischen Zieles der Arbeiterbewegung zu schaffen.

Unter dieser generellen Zielsetzung haben die verschiedenen Bereiche der Jugendpolitik für die Sozialistische Jugend einen unterschiedlichen Stellenwert.

Im Vordergrund stehen alle Aspekte, die sich mit den Fragen der materiellen Sicherung, des Jugendarbeitsschutzes und der beruflichen Qualifikation befassen. Darüber hinaus die Abwehr antisozialistischer ideologischer Einflußnahme auf die Jugend und der Einschränkungen ihrer politischen Handlungsmöglichkeiten.

Kurz: Die Bedeutsamkeit von jugendpolitischen Fragestellungen ergibt sich daraus, ob sie sich auf die Lebenslage von Arbeiterkindern und -jugendlichen stark und nachhaltig auswirken oder nicht. Die begrenzten Kräfte einer Jugendorganisation machen solche Schwerpunktsetzungen notwendig. Die SJD - Die Falken sind kein jugendpolitisches Institut, sondern eine politische Interessen- und Wertegemeinschaft.

## 2. Prinzipien der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen

Die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken ist sich bewußt, daß ihre jugendpolitischen Forderungen und Ziele nur verwirklicht werden können, wenn sie auch von anderen demokratischen und sozialistischen Jugendverbänden unterstützt werden. Die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken geht deshalb Bündnisse mit anderen Organisationen ein. Auch in der Jugendpolitik werden Bündnisse nur zur Durchsetzung konkreter Interessen eingegangen. Die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken geht keine Bündnisse mit Organisationen ein, die die DGB-Gewerkschaften und die SPD als Feinde der Arbeiterklasse und damit der Arbeiterjugend diffamieren und sich in ihrer Politik zu objektiven Helfern der Reaktion machen.

Die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken geht Bündnisse ein, wenn dadurch unsere Position und unsere Forderungen im Interesse der arbeitenden und lernenden Jugend gestärkt und abgesichert werden. Das Eingehen von Bündnissen zur Erzielung ausschließlich öffentlicher Wirkung und aus Gründen der Effekthascherei lehnen wir ab.

Die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken gibt durch Bündnisse mit anderen Arbeiterjugend-

verbänden und die Zusammenarbeit mit befreundeten Organisationen ihre politische und organisatorische Selbständigkeit nicht auf, sondern versucht, ihre sozialistische Jugendpolitik in Bündnissen zum Ausgangspunkt und zur Basis der Arbeit zu machen. Bündnisthäftig sind nur Organisationen, mit denen eine einheitliche Plattform und gemeinsame Parolen gefunden werden können.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist der Ansprechpartner der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken im parlamentarischen Bereich.

Wenn auch unsere Forderungen heute nicht Programm und Praxis der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestimmen, so ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die einzige Partei in der Bundesrepublik und West-Berlin, in der unsere Forderungen Mehrheiten finden und dann parlamentarisch durchgesetzt werden können. Es ist daher notwendig, auf allen Ebenen permanente Kontakte zwischen unserem Verband und den sozialdemokratischen Jugendpolitikern herzustellen. Dies setzt unter anderem voraus, daß die Mitglieder der Sozialistischen Jugend Deutschlands stärker als bisher in der Partei mitarbeiten und unsere

jugendpolitischen Vorstellungen zur Diskussion stellen. Durch die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gibt die Sozialistische Jugend Deutschlands nicht aufgrund von angeblich tagespolitischen Erfordernissen politische Forderungen der Arbeitenden und Lernenden Jugend preis. Zur Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gehört die Kritik an deren Politik und Praxis sowie die Suche nach Gemeinsamkeiten.

Da in der betrieblichen Realität die Konflikte und Widersprüche der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ihren Ursprung haben und sich dort direkt spürbar widerspiegeln, kommt der Arbeit unserer Mitglieder in den Betrieben als gewerkschaftliche Vertrauensleute und Jugendvertreter besonderes Gewicht zu.

Die DGB-Jugend ist auch Partner auf allen Ebenen der Jugendpolitik, sowohl bei der Interessenvertretung in staatlich und pluralistisch verfaßten Gremien, als auch bei der Formulierung und Umsetzung einer Arbeiterjugendpolitik.

Die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken betrachtet die Zusammenarbeit mit der Arbeiterwohlfahrt als eine wichtige Voraussetzung zur Durchsetzung ihrer Jugendpolitik. Es ist die Absicht der Sozialistischen Jugend Deutschlands, die Zusammenarbeit mit der Arbeiterwohlfahrt zu verstärken. Dabei gehen wir nicht von einem Konkurrenzverhältnis aus, sondern im Rahmen der seit 1975 vereinbarten Zusammenarbeit gilt es weiterhin, gemeinsame sozial- und jugendpolitische Forderungen abzustimmen und entsprechend politisch zu vertreten.

Jugendpolitik als Außenvertretung, als Mitwirkung in Formen staatlicher und institutionalisierter Jugendhilfe ist Teil einer umfassenden sozialistischen Arbeiterjugendpolitik. Sie findet vor diesem Hintergrund auf allen Ebenen statt und kann nur bedingt zentral gesteuert werden. Gremienarbeit in Jugendringen und Jugendwohlfahrtsausschüssen muß sich grundsätzlich auf ihre politische Legitimität hin überprüfen lassen; sie darf nie zum Selbstzweck werden, sondern orientiert sich immer an den tatsächlichen Problemen der Betroffenen.

### 3. Arbeiterjugendpolitik und Jugendbewegung

Für die Praxis unserer pädagogischen und politischen Arbeit müssen wir immer selbstkritisch prüfen, ob unsere »Politik« innerverbandlich nicht zum Selbstzweck wird. Arbeiterjugendpolitik muß als Interessenvertretung in der täglichen Praxis unsere sozialistischen Ziele und fühlbare Solidarität vermitteln. Sozialistische Erziehung und die Interessen von Arbeiterkindern und -jugendlichen müssen im Mittelpunkt unserer Verbandsarbeit stehen. Diese politische Schwerpunktsetzung darf in der Auseinandersetzung um Ziel-Inhalt-Methode nicht überlagert werden durch Scheingefechte um Konferenzmehrheiten oder das Ausnutzen von Informationsvorsprüngen.

Eingefahrene und unreflektiert übernommene Verhaltensweisen sind daher zu überprüfen und auf solidarische Formen hin zuwenden. Hier können wir von Lebens- und Handlungsweisen lernen, die Teile der neuen Jugendbewegung und der Friedensbewegung praktizieren. Die vielfältige Szene der Jugend- und Protestbewegung bietet trotz mancher Vorbehalte Alternativen: Ausdrucksformen, die den spontanen Bedürfnissen der Jugendlichen sehr nahe kommen, die ihre Eigenaktivität, ihre Initiative und Kreativität fördern. Das macht die Szene oft soviel lebendiger und interessanter als die traditionellen



Jugendverbände, die mit dem dogmatischen Verweis auf Prinzipien die Ausdrucksformen des »Hier und Jetzt« erschlagen. Dennoch müssen Formen vor allem an den mit ihnen transportierten Inhalten gemessen werden. Dabei müssen Marxisten - und in der Jugendarbeit grundsätzlich alle Erzieher - jedoch zunächst einmal von ihrem alles wissenden Roß herunter. Wir teilen die Hoffnungen und Wünsche der Jugend- und Protestbewegung und wenden uns gegen eine Kriminalisierung ihrer Ausdrucksformen. Jegliche Vereinnahmung - durch rechtsradikale Gruppen oder eine Vermarktung - muß abgewehrt werden, damit der Protest sich tatsächlich gegen die gesellschaftlichen Mißstände richtet. Freilich verkennen wir nicht, daß der Jugendprotest durchaus ambivalent ist. Unsere Aufgabe als Sozialisten ist es deshalb, auf der Basis eigenständiger Forderungen unsere sozialistischen Positionen anzubieten und uns kritisch mit den Protestbewegungen auseinanderzusetzen.

Die Jugend- und Protestbewegung kann von niemandem ideologisch geführt werden. Das gilt es zu akzeptieren und dann politisch für ihren Entwicklungs- und Gestaltungsraum zu kämpfen.

Wollen wir hier etwas für unseren Verband lernen, dürfen wir Entwicklungsmöglichkeiten nicht an äußeren Erscheinungen festmachen, sondern müssen die jeweilige Perspektive des Einzelnen zu erfassen suchen. Die tatsächliche Entwicklung muß dann immer an ihrer historischen Bedeutung gemessen werden: Waren die Anstöße fördernd oder hemmend in einer bestimmten Klassenlage?

Zu den Strategien der Arbeiterjugendpolitik gehört es deshalb auch, die aus unserer marxistischen Gesellschaftsanalyse abzuleitenden politischen Ziele und Handlungsschritte in ihrer praktischen Umsetzung vorbehaltlos zu prüfen: Wen vertreten wir tatsächlich? Passen Ziel, Inhalte und Methode zusammen? Erreichen und beteiligen wir die Arbeiterkinder und -jugendlichen?

#### **II. Jugendingring als institutionelle Interessensvertretung**

Eine Nebenlinie zur Durchsetzung der jugendpolitischen Zielsetzung verläuft über die Jugendingringe. Jugendingringe spielen auch oft eine wichtige Rolle bei der Absicherung der materiellen und politischen

Rahmenbedingungen für die Jugendarbeit insgesamt. Hier geht es darum, Bündnispartner und Mitstreiter für zumindest einzelne jugendpolitische Forderungen zu gewinnen.

Jugendingverbände der unterschiedlichsten politischen Richtung haben sich schon 1919 auf Reichsebene zu einer Arbeitsgemeinschaft, dem »Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände« konstituiert und auch nach dem 2. Weltkrieg wurden von den Jugendverbänden zunächst auf Landesebene Landesjugendingringe gebildet. Auf der ersten großen Konferenz für Jugendpflege und Jugendfürsorge vom 18. bis 20. Mai 1949 in Rothenburg ob der Tauber wurde dann von den Jugendverbänden und den Landesjugendingringen der »Deutsche Bundesjugendingring« gegründet. Dies geschah zu einer Zeit, als die Bundesrepublik Deutschland kurz vor ihrer Gründung stand. Aus dieser historischen Entwicklung ist es auch erklärlich, weshalb die Landesjugendingringe auch heute noch mit je einem Vertreter in der Vollversammlung (Deutscher Bundesjugendingring - DBJR) und mit insgesamt zwei Vertretern im Hauptausschuß des DBJR repräsentiert sind. Die Landesjugendingringe haben sich auf Bundesebene ein Gremium geschaffen, die »Konferenz der Landesjugendingringe«.

Wir müssen den Jugendingring und den Jugendwohlfahrtsausschuß als parlamentarisches Gremium nutzen, um unsere Forderungen einzubringen. Diese Gremienarbeit darf aber nur Ausdruck unserer Beteiligung in der außerparlamentarischen Bewegung sein - nicht Ersatz dafür! Die politische Auseinandersetzung wird durch Aktionen im Stadtteil, in der Schule und im Betrieb vorangetrieben. Gremienarbeit muß diesen politischen Kampf absichern und seine Erfolge zum Teil der Rechte und Besitzansprüche der abhängig Beschäftigten machen - uns wird dort nichts geschenkt. Deshalb darf die Arbeit in solchen Gremien nie zum Ersatz für Aktionen werden und zur Einschränkung unseres politischen Kampfes führen.

Jugendingringpolitik muß auch immer die weltanschaulichen und pluralistischen Positionen aller Teile der Jugendverbände einbeziehen. Manchmal kann man sich deshalb nur auf den »kleinsten gemeinsamen Nenner« einigen. Hier gilt es einerseits, ständig die Möglichkeiten für eine breite Mehrheitsbildung herauszufinden und andererseits unsere Position im Jugendingring deutlich klarzustellen sowie über die im Jugendingring zu erreichenden Beschlüsse hinaus außerhalb auch tatkräftig zu vertreten. Die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die

Falken tritt grundsätzlich dafür ein, daß jede demokratische Kinder- und Jugendorganisation im Jugendingring Mitglied werden kann. Die Anerkennung nach § 9 JWG als »förderungswürdig« ist für uns keine Voraussetzung dafür, weil unabhängig von staatlicher Einflüssen alle die Jugendingverbände über die Zusammensetzung ihrer Arbeitsgemeinschaft entscheiden können.

Der Jugendingring sollte eine »offene« Einrichtung sein. Deshalb wenden wir uns scharf gegen Ausschlußkriterien wie: Schwerpunkte der Arbeit dürfen nicht sein gewerkschaftliche oder (partei-)politische Aktivitäten. Kriterium darf nur das demokratische Engagement für Kinder und/oder Jugendliche sein. Außerdem muß natürlich jeder Mitgliedsverband eine demokratische Struktur haben, nach der Kinder und Jugendliche ihre Arbeit selbständig festlegen und ohne Manipulation durch eine Erwachsenenorganisation ihre Leitung wählen.

Mit der Herausstellung unserer eigenen innerverbandlichen politischen Forderungen und Aktionsformen ist auch verbunden, daß die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken die sogenannte »vertikale Repräsentanz« der Jugendingringe - über die zuständige örtliche Verwaltungsebene hinaus wird über das Hineinwirken in Landes- und Bundesjugendingring ein Eigenleben entwickelt - ablehnen. Eine solche Umgehung der innerverbandlichen Demokratie kann unserer gesamten Politik nur schaden. Würde man über diese vertikale Repräsentanz den Auftrag eines Jugendingringes ausweiten, würden die politischen Aussagen und Stellungnahmen der einzelnen Organisationen erheblich an politischem Gewicht verlieren. Die politischen Unterschiede der einzelnen Jugendverbände könnten dann nicht mehr ausreichend in der Öffentlichkeit dargestellt werden, was zu einem Verlust der Verbandsidentität führen und dem politischen Auftrag unseres Verbandes schaden sowie die Organisierungsbereitschaft der Jugendlichen für den sozialistischen Jugendverband erheblich schwächen könnte. Gleichzeitig würde dies durch den Einsatz hauptamtlicher Mitarbeiter die Bürokratisierung fördern und die Jugendverbände noch stärker zum Objekt staatlicher Jugendpolitik werden lassen.

### III. Sozialistische Arbeiterjugendpolitik im Verhältnis zur Jugendpolitik als staatliche Jugendhilfe

Im Gegensatz zu unserer sozialistischen Zielsetzung und dem Auftrag, die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken zu sichern, ist staatliche Jugendhilfe ein Teil der Gesamtpolitik mit der Aufgabe, Jugendliche aus verschiedenen Schichten unserer Gesellschaft insgesamt so heranwachsen zu lassen, wie es notwendig ist, um die herrschenden Verhältnisse abzusichern. Die Doppelfunktion der staatlichen Jugendhilfe besteht zum einen darin, zur ideologischen Absicherung des bestehenden Gesellschaftssystems durch Vermittlung von Normen und Werten beizutragen, zum anderen durch Schutzgesetze die Ware Arbeitskraft zu erhalten (Jugendarbeitsschutzgesetz, Verbot der Kinderarbeit).

Als Teil der Gesamtpolitik besaß staatliche Jugendhilfe in den verschiedenen Entwicklungsstufen der bürgerlichen Gesellschaft einen unterschiedlichen Stellenwert, der bestimmt wurde durch die sozio-ökonomische Situation der Kinder und Jugendlichen und durch die sich daraus ergebenden staatlichen Eingriffsmaßnahmen, die zur Heranziehung einer »gesunden, dem Vaterland dienenden Jugend« notwendig erschienen. Die Zusammenführung der zwei heute noch bestehenden Säulen der staatlichen Kinder- und Jugendziehung, nämlich der Jugendpflege (offene Kinder- und Jugendarbeit) und der Jugendfürsorge (besondere Erziehungshilfen), unter dem Begriff der »Einheit der Jugendhilfe« fand erst mit dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (RJWG) im Jahre 1922 statt. Dem vorausgegangen war die organisatorische Zerschlagung der Arbeiterjugendbewegung durch das Reichvereinsgesetz (1908), welches allen Jugendlichen unter 18 Jahren die Mitgliedschaft in politischen Vereinen und Parteien verbot. Im preußischen Jugendpflegeerlaß von 1911 hieß es dann: »Aufgabe der Jugendpflege ist die Mitarbeit an der Heranbildung einer frohen, körperlich leistungsfähigen, sittlich tüchtigen, von Gemeinsinn und Gottesfurcht, Heimat- und Vaterlandsiebe erfüllten Jugend. Sie will die Erziehungstätigkeit der Eltern, der Schule und Kirche, der

Dienst- und Lehrherren unterstützen, ergänzen und weiterführen.« Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des RJWG im Jahre 1924 an entwickelte sich die Jugendhilfe aber zu einer eigenständigen Erziehungsinstitution, die nicht nur geprägt war von prophylaktischen (vor Gefährdung schützenden) Zielvorstellungen, sondern vom Gedanken der allgemeinen Förderung der Kinder und Jugendlichen getragen wurde.

Bereiche staatlicher Jugendhilfe sind z. B. das Jugendhilferecht (dessen Reform seit vielen Jahren aus finanziellen und ideologischen Gründen im Gesetzgebungsverfahren immer wieder aufgehalten wurde bzw. vorerst gescheitert ist); die Jugendarbeit und ihre gesetzliche Regelung wie beispielsweise Förderungspläne, Jugendbildungsgesetze und kommunale Jugendhilfepläne; die berufliche und schulische Bildung sowie der Jugendarbeits- und Jugendschutz.

Wichtiger als die Beschreibung der Tätigkeitsbereiche ist jedoch die Funktion, die staatliche Jugendhilfe in der Gesellschaft erfüllen soll. Sie hat im wesentlichen eine Schutz-, Sozialisations- und Hilfefunktion.

- **Schutzfunktion:** Staatliche Jugendhilfe soll Jugendliche vor der Gefährdung und Überbeanspruchung in der Arbeitswelt schützen. Hierzu sollen vor allem das Jugendarbeitsschutzgesetz und das Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit sowie die Bestimmungen zur Verkehrssicherheit dienen. Darüber hinaus sollen Jugendliche vor Einflüssen geschützt werden, die sie in ihrer »geistig-seelischen Gesundheit« beeinträchtigen könnten. Deshalb sollen sie nicht alles lesen und im Kino sehen dürfen.

- **Sozialisationsfunktion:** Staatliche Jugendhilfe will die Bedingungen und Einrichtungen schaffen, in denen Jugendliche aus verschiedenen Klassen und Schichten einer Gesellschaft so heranwachsen, wie es diejenigen für gut halten, die jeweils die Macht in Staat und Gesellschaft innehaben. Trotz aller Verpflichtungen zur Pluralität wird der Staat versuchen, durch **restriktive** Förderungspolitik immer wieder direkt die Arbeit der Jugendverbände zu steuern und zu korrigieren. Dies tut er aber auch durch eine **bestimmte** Förderungspolitik, z.B. die Ausweitung kompensatorischer Programme. Die Förderung solcher

Projekte ist keine Alternative zu anderen Formen der Jugendarbeit. Wir weisen eine sozialpolitische Inpflichtnahme (z. B. durch eine abschließende oder bevorzugte Förderung »sozial schwacher« Gruppen) in der Jugendverbandsarbeit zurück, denn Aufgaben der öffentlichen Fürsorge können von uns nicht übernommen werden.

- **Soziale Hilfefunktion:** Staatliche Jugendhilfe soll entsprechend der Sozialstaatsverpflichtung mit dazu beitragen, Unterschiede in der Verteilung der Lebenschancen auszugleichen - etwa durch Ausbildungsförderung - und die Folgen sozialer Notlagen mildern - etwa durch Jugendarbeitslosigkeit hervorgerufen.

Jugendfürsorge und Jugendpflege haben beide unterschiedliche Ansatzpunkte, um das gemeinsame Ziel von Jugendhilfe als Teil staatlicher Tätigkeit zu verwirklichen. Jugendfürsorge soll die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse primär dadurch sicherstellen, daß sie die Wahrung einer adäquaten Reproduktion der heranwachsenden Arbeitskraft gewährleistet und in erster Linie dort ansetzt, wo unmittelbare Störungen zu erwarten bzw. eingetreten sind. Sie hat die Voraussetzungen für die Arbeitsfähigkeit des Jugendlichen sicherzustellen. Diese Aufgabe ist für die Gesellschaft vordringlich. Würden nämlich in unserer Gesellschaft in größerem Ausmaße Für-

sorgefälle auftreten, dann wäre die adäquate Versorgung der Wirtschaft mit qualifizierten Arbeitskräften in demselben Maße gefährdet, als wenn auf Seiten des Kapitals keine geeigneten Maschinen mehr zur Verfügung stehen würden.

Die Sicherungsfunktion dieser Art Jugendhilfe zugunsten der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse ist das Hauptziel aller Maßnahmen und Förderungsprogramme. Da die Aktivitäten der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken jedoch grundsätzlich auf Aufhebung der »Ausbeutung des Menschen durch den Menschen« und die Beseitigung der mit dem Kapitalismus verbundenen Ungerechtigkeiten zielen, liegt hier für uns jedoch ein Widerspruch. Dieser tritt im Alltag nur unklar hervor: Unsere systemüberwindende Perspektive hindert uns nicht, für eine Verbesserung der Lebensbedingungen unter den gegebenen kapitalistischen Verhältnissen zu kämpfen. Außerdem zwingen uns die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu Kompromissen.

Die systemüberwindende Perspektive unserer Arbeit unterscheidet uns von der emanzipatorischen Jugendarbeit verschiedener Gruppen und Träger, die innerhalb der systembedingten Grenzen und Funktionalisierungen auch versucht, eine fortschrittliche Politik im Interesse von Kindern und Jugendlichen voranzutreiben.

Andererseits muß selbst der Staat auf gesellschaftliche Mißstände, Fehlentwicklungen und Protestbewegungen reagieren. Außerdem wird durch jegliche politische und gewerkschaftliche Arbeit ja auch das gesellschaftliche Kräfteverhältnis beeinflußt. Vor diesem Hintergrund muß die Jugend- und sozialpolitische Diskussion analysiert werden. Etwa die Rolle der Familie wie auch der Stellenwert der Jugendarbeit sind abhängig von ökonomischen und sozialen Entwicklungen.

Die bürgerliche Demokratie gibt uns durch ihren pluralistischen Anspruch die Rahmenbedingungen für eine sozialistische Kinder- und Jugendarbeit auch als Interessenvertretung. In diesem Kampf für die Verbesserung der Lebensbedingungen ist es erforderlich, konkrete Forderungen einer Arbeiterjugendpolitik zu formulieren. Den Kampf für die Durchsetzung sowohl durch Aktionen, Demonstrationen usw. als auch durch inner- und außerparlamentarische Gremienarbeit verstehen wir zusammengefaßt als sozialistische Arbeiterjugendpolitik: Unter der gleichen Zielsetzung hat dabei die Arbeiterjugendpolitik ihre eigenen Mittel und Wege in Erweiterung zur Jugendpolitik als Mitwirkung in institutionalisierten Formen staatlicher Jugendhilfe. Dabei kann die Gremienarbeit nur so wirksam sein, wie unser Verband in der außerparlamentarischen Arbeit stark ist!

Jugendpolitik insgesamt darf also nicht ein isolierter Bereich unserer Arbeit, sondern muß immer Teil der gesamten Strategie des Verbandes sein. Insofern ist sie als ein Mittel dem Ziel der Erreichung einer sozialistischen Gesellschaft untergeordnet. Es ist jedoch oft notwendig, auf diesem Weg Kompromisse mit anderen gesellschaftlichen Gruppen (z. B. in Jugendrängen) einzugehen, um unsere Forderungen wenigstens teilweise durchsetzen zu können und so unsere Ausgangsbedingungen zu verbessern.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob wir als nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz anerkannter - und geförderter - Verband nicht gezwungen werden, Jugendpflegearbeit so stark zu leisten, daß wir objektiv zum Handlanger staatlicher Jugendpolitik werden. Denn indem die Förderung durch den Staat an bestimmte Voraussetzungen geknüpft ist, sind wir immer in Gefahr, unsere eigenen Zielvorstellungen umzudeuten oder zu verraten, um im »Genuß« der öf-

fentlichen Gelder zu bleiben. Das schließt ein, daß die Versuchung oft übermächtig ist, aus denselben Gründen unsere Forderungen und unsere Aktionsformen von vornherein auf das »Machbare« zu beschränken. Wir müssen uns daher immer fragen, ob unsere jugendpolitische Arbeit inhaltlich einen konsequent sozialistischen Anspruch verwirklichen hilft.

Die scheinbare Alternative: »Jugendpflege oder sozialistischer Kampfverband« ist vor diesem Hintergrund so zu beantworten, daß die Formen und Methoden der Jugendpflege (Zeltlager, Gruppenstunde) auch Mittel der Arbeiterjugendpolitik sind. Durch eine völlige Abhängigkeit von staatlicher Förderung würde der sozialistische Kinder- und Jugendverband jedoch zum Handlanger staatlicher Jugendhilfe, weil der Staat über seine Institutionen mittels der finanziellen Förderung auch immer Ziele, Inhalte und dementsprechende Methoden durchsetzen will.

## C. Forderungen der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken

Auf der Grundlage unserer Gesellschaftsanalyse und der politisch-pädagogischen Zielsetzung unseres Verbandes ergeben sich für die verschiedenen Sozialisationsbereiche von Arbeiterkindern und Arbeiterjugendlichen konkrete Forderungen, deren Durchsetzung Aufgabe der jugendpolitischen Interessenvertretung ist.

### I. Familienpolitik

Die Familie als Lebensgemeinschaft von einem oder mehreren Erwachsenen mit einem oder mehreren Kindern ist bei allen geschichtlichen Wandlungen ein wesentlicher Lebensbereich geblieben, gerade für die Lebenschancen von Kindern. Wichtigste Voraussetzung zur Realisierung eines partnerschaftlichen Verhältnisses und entsprechend für die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit ist eine ausreichende materielle Ausstattung.

Als wichtige Belastungen, die die Lebensverhältnisse der Familien häufig prägen, sind zu nennen: - Einflüsse des Arbeitsalltags wie Schichtarbeit, Rationalisierung, Arbeitslosigkeit;

- kinderfeindliche Wohnungen, Wohnungsnot und Wohnumfeldprobleme;  
- immer noch unzureichende Versorgung mit gesellschaftlichen Erziehungsinstitutionen und dementsprechender Förderung für Kinder und Jugendliche;  
- aufgrund starker innerhäuslicher Spannungen, vor allem durch finanzielle Probleme und Belastungen durch die Arbeit, verschärft sich physische und psychische Gewalt innerhalb der Familie;  
- wirtschaftliche Schwierigkeiten durch unzureichende Einkommen und zusätzliche Benachteiligung einkommensschwacher Familien;  
- zunehmender Medieneinfluß auf den Familienbereich durch Fernsehen und Video, was die innerfamiliäre Kommunikation behindert, die Konfliktfähigkeit abbaut und neue Konflikte aufbaut, gemeinsames Handeln erschwert.

Die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken fordert daher: - Abbau der durch die Produktionsverhältnisse begründeten Benachteiligungen von Familien durch Veränderungen des Arbeitsprozesses

und der Wirtschaftsordnung in Richtung auf eine Humanisierung der Arbeitsplätze, Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Einschränkung der Schichtarbeit und Abschaffung von Akkordarbeit usw.;

- Durchsetzung des Rechts auf Arbeit und qualifizierte Ausbildung insbesondere auch für Mädchen und Frauen;
- Rechtliche Gleichstellung der nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften mit der Ehe (z. B. gleiche Besteuerung, Gleichstellung bei der Wohnungsvergabe);
- Konsequente Humanisierung des Wohnungsbaus durch die Schaffung bezahlbarer kinder- und familienfreundlicher Wohnungen;